

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

29.10.2012

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 28. Sitzung
der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 29. Oktober 2012

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 22:20 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend :

- Jost Aé
- Dr. Gerhard Bartels
- Ursula Behrendt
- Ulrike Berger
- Dr. Ullrich Bittner
- André Bleckmann
- Ulf Burmeister
- Erich Cymek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Dr. Stefan Fassbinder
- Professor Dr. Frank Hardtke
- Marion Heinrich
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Wolfgang Jochens
- Prof. Dr. Wolfgang Joecks
- Dr. Jörn Kasbohm
- Dr. Andreas Kerath
- Christian Köhler
- Christian Kruse
- Dr. Luer Kühne
- Marian Kummerow
- Jürgen Liedtke
- Egbert Liskow
- Franz-Robert Liskow
- Dirk Littmann
- Wilfried Lüthen
- Dr. Thomas Meyer
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Christian Radicke
- Anja Reuhl
- Karl-Dieter Schmidt
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Dr. Harald Stegemann
- Mechthild Thonack
- Ingo Ziola

Entschuldigt :

- Edda Krille
- Sebastian Ratjen
- Angelika Richter
- Birgit Socher

Abwesend :

- Norbert Braun

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
5. Große Anfrage zum Theater Vorpommern auf Antrag der CDU-Fraktion
- 6. Diskussion von Beschlussvorlagen**
- 6.1. Benennung eines Mitgliedes und eines Stellvertreters in den Vorstand des Studentenwerks B508-28/12
SPD, Die Linke, Bündnis90/Die Grünen, Prof. Dr. Hardtke
- 6.2. Wahl der Schiedsperson und der stellvertretenden Schiedsperson der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B509-28/12
Dez. I, Abt. Recht
- 6.3. Gebietsänderungsvertrag Wackerow B511-28/12
Oberbürgermeister
- 6.4. Vertrag mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald zur Rückholung der Schulträgerschaft des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums, des Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasiums einschließlich des Abendgymnasiums und der Integrierten Gesamtschule Erwin Fischer B512-28/12
Dezernat III
- 6.5. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2013
Dez. I, Amt 20
- 6.6. Feststellen des Umlaufvermögens in der Eröffnungsbilanz**
- 6.6.1. Neubau/Sanierungsprogramm städtischer Kindertagesstätten B514-28/12
Dez. II, Amt 23
- 6.6.2. Feststellen des Umlaufvermögens im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 B515-28/12
Dez. I, Amt 20
- 6.7. Kommunalstatistiksatzung
Dez. I, Amt 20
- 6.8. Wiedereinführung der Umzugshilfe für Auszubildende und Studenten
SPD-Fraktion
- 6.9. Umbenennung des Bahnhofs Greifswald in „Greifswald Hauptbahnhof“
Bündnis 90 / Die Grünen
- 6.10. Benennung einer Straße oder eines Platzes nach Ernst Lohmeyer
CDU-Fraktion
- 6.11. Prüfauftrag zur Errichtung eines kommunalen Tierfriedhofes
CDU-Fraktion
- 6.12. Prüfauftrag zur Errichtung eines online-Portals zur Meldung von Problemen im Bereich der Infrastruktur der UHGW
CDU-Fraktion
- 6.13. Unterzeichnung der Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen"
Bündnis 90 / Die Grünen
- 6.14. B.-Plan Nr. 14 - Hafen Ladebow B513-28/12
Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Durchgang)
Dez. II, Amt 60
- 6.15. Spenden**
- 6.15.1. Spende für das soziokulturelle Zentrum St. Spiritus
Dez. III, Amt 41
- 6.15.2. Annahmen von Spenden für 4 kommunale Kindertagesstätten
Dez. III, Amt 51
- 6.15.3. Einnahme einer Zuwendung für die Ausgestaltung Fischerfest 2012
Dez. III, Amt 32
- 6.15.4. Annahme einer Spende für den Stadtforst
Dez. II, Amt 23
- TV
6.15.5. Einnahme einer Schenkung für die Berufsfeuerwehr anlässlich der Objektübergabe
Dez. III, Amt 32

TV	Position der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur Zukunft des	B510-28/12
6.16.	Theaters Vorpommern <i>Bündnis 90 / Die Grünen</i>	
TV	Umbesetzung Aufsichtsrat Theater Vorpommern GmbH	B507-28/12
6.17.	<i>CDU-Fraktion</i>	
7.	Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt	
8.	Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft	
9.	Mitteilungen des Präsidenten	
10.	Bestätigung der Niederschrift vom 17.09.2012	
11.	Schluss der Sitzung	

Zum heutigen Auftakt der bundesweiten Haus- und Straßensammlung des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge bittet Herr Kruse die Mitglieder der Bürgerschaft um Unterstützung und eine kleine Spende.

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet die 28. Sitzung der Bürgerschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit 38 anwesenden Mitgliedern der Bürgerschaft zu Beginn der Sitzung ist die Bürgerschaft beschlussfähig.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König und seine beiden Stellvertreter, Herr Hochheim und Herr Dembski sind anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Liskow informiert über ausgereichte Tischvorlagen und eine geänderte Beschlussvorlage zu TOP 6.1 (Studentenwerk):

TOP 6.15.5 - Einnahme einer Schenkung für die Berufsfeuerwehr anlässlich der Objektübergabe

TOP 6.16 Position der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur Zukunft des Theaters Vorpommern

TOP 6.17 Umbesetzung Aufsichtsrat Theater Vorpommern GmbH

Herr Dr. Meyer beantragt, den TOP 6.1 von der Tagesordnung zu streichen, weil die Bürgerschaft zum Studentenwerk einen gültigen Beschluss gefasst hat.

Gegen diesen Antrag spricht Herr Dr. Kerath.

Der Präsident lässt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Meyer abstimmen, den TOP 6.1 von der Tagesordnung abzusetzen.

Abstimmungsergebnis: bei 20 Ja-Stimmen und 20 Gegenstimmen abgelehnt

Da das Abstimmungsergebnis nicht stimmen kann, wiederholt der Präsident die Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: bei 18 Ja-Stimmen und 18 Nein-stimmen abgelehnt
Das bedeutet, dass der TOP 6.1 auf der Tagesordnung bleibt.

Herr Dr. Kerath beantragt, den TOP 6.14 (B-Plan Hafen Ladebow) nach TOP 6.4 zu behandeln.

Der Präsident lässt zunächst darüber abstimmen, die drei Tischvorlagen in die Tagesordnung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Der Präsident lässt darüber abstimmen, TOP 6.14 nach TOP 6.4 zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Für die Linksfraktion beantragt Herr Kummerow, den TOP 6.6.1 (Neubau/Sanierungsprogramm städtischer Kindertagesstätten) in die Fachausschüsse zu verweisen.

Dazu erläutert Herr Wille, dass diese Beschlussvorlage auf der Tagesordnung bleiben soll, weil dieses Thema im Zusammenhang mit der Eröffnungsbilanz steht.

Der Präsident lässt über den Antrag der Linksfraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 7 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Herr Hochschild beantragt für die CDU-Fraktion, den TOP 6.5 nach TOP 6.2 zu behandeln.

Gegen diesen Antrag spricht Herr Multhaus, weil es bei der Haushaltssatzung um die erste Lesung und noch keine Beschlussfassung geht.

Herr Liskow lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen, TOP 6.5 nach TOP 6.2 zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: bei 13 Ja-Stimmen und 17 Gegenstimmen abgelehnt

Damit lässt der Präsident über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 4 Stimmenthaltungen bestätigt

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Kausch:

- zum Tierheim Greifswald e.V.

Kann das Tierheim Greifswald e.V. davon ausgehen, dass die Hansestadt Greifswald dem Tierheim weiterhin die Unterstützung zukommen lässt, die das Tierheim braucht?

Im September 2012 sei ohne Notwendigkeit dem Tierheim der Pacht- und Betreibervertrag gekündigt. Es gäbe aktuelle Bestrebungen der Verwaltung, die Tierheimleitung durch einen zusätzlichen Verwaltungsfachmann zu ersetzen bzw. die Vereinsleitung zu bestimmen. Herr Kausch beschreibt die aktuelle Situation.

Herr Senator Dembski:

Der Senator erläutert, dass es bereits einen Schriftwechsel gibt.

Hintergrund der entstandenen Situation sind Probleme, die mit dem Verein entstanden sind. Der Senator zeigt kein Interesse, die Vereinsstreitigkeiten vor der Bürgerschaft auszubreiten. Der kommissarischen Leiterin des Tierheims sind diese Streitigkeiten bekannt. Es gab Absprachen und Protokolle, die nicht eingehalten wurden. Der Ursprung kommt aus dem Verein selbst.

Herr Senator Dembski lehnt eine Diskussion mit Herrn Kausch während der Bürgerschaftssitzung ab.

Der Verein wird anwaltlich vertreten, deren Anwälte mit der Stadtverwaltung im Gespräch sind.

Herr Liskow schlägt vor, das Angebot von Herrn Dembski anzunehmen, mit dem Senator persönlich ins Gespräch zu kommen.

Herr Wilfried Arndt:

- Anregungen zum wilden Parken in Wieck, konkret auf dem Dorfplatz

- Anregungen zum „Skandalpoller“

Herr Arndt fordert in beiden Fällen, sofortige Abhilfe zu schaffen.

Zu 1. Herr Senator Dembski:

Dass die Einhaltung der öffentlichen Ordnung Probleme bereitet, ist der Stadtverwaltung bekannt. An der Lösung wird gearbeitet. Zur nächsten Bürgerschaftssitzung wird ein Vorschlag zur Lösung einiger Probleme unterbreitet.

Zu 2. Herr Senator Hochheim:

Das Thema „Poller“ wird seit längerem in jeder Bürgerschaftssitzung behandelt.

Dass an dem Zustand etwas verändert werden muss, darin sind sich alle einig.

Der neue Poller ist bestellt und wird in 4 bis 6 Wochen kommen. Zukünftig wird eine Kamera Aufzeichnungen machen, um Schadensfälle nachweislich dokumentieren zu können.

Zu TOP: 4 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen

- keine schriftlich gestellten Fragen

Zu TOP: 5 Große Anfrage zum Theater Vorpommern auf Antrag der CDU-Fraktion

Die Einbringung der Großen Anfrage der CDU-Fraktion zum Theater nimmt Herr Hochschild vor.

Die Beantwortung der Verwaltung erfolgt durch Herrn Senator Dembski. Die schriftlichen Ausführungen werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Senator Hochheim macht ergänzende Ausführungen zum kommunalen Finanzausgleich, die den Mitgliedern der Bürgerschaft schriftlich ausgereicht werden.

Herr Liskow erklärt, dass das erweiterte Präsidium sich verständigt hat, unter diesem Tagesordnungspunkt keine Aussprache zu führen, sondern unter TOP 6.16.

Herr Liskow ruft zur namentlichen Abstimmung über folgenden Beschluss auf:

1. Der Bürgerschaftsbeschluss 05/832 vom 18.06.2012 wird aufgehoben.
2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald schlägt Herrn Hinrich Rocke als neues Mitglied für den Vorstand des Studentenwerks und Herrn Philipp Klein als Stellvertreter vor.

Aé	Jost	Ja
Dr. Bartels	Gerhard	Ja
Behrendt	Ursula	Ja
Berger	Ulrike	Ja
Dr. Bittner	Ullrich	Ja
Bleckmann	André	Nein
Burmeister	Ulf	Nein
Cymek	Erich	Nein
Dr. Fassbinder	Stefan	Ja
Dr. Fassbinder	Frauke	Ja
Dr. Hardtke	Frank	Ja
Heinrich	Marion	Ja
Hochschild	Axel	Nein
Hoebel	Torsten	Nein
Jochens	Wolfgang	Nein
Dr. Joecks	Wolfgang	Ja
Dr. Kasbohm	Jörn	Ja
Dr. Kerath	Andreas	Ja
Köhler	Christian	Nein
Kruse	Christian	Nein
Dr. Kühne	Lüer	Nein
Kummerow	Marian	Ja
Liedtke	Jürgen	Nein
Liskow	Franz-Robert	Nein
Liskow	Egbert	Nein
Littmann	Dirk	Ja
Lüthen	Wilfried	Nein
Dr. Meyer	Thomas	Nein
Multhauf	Peter	Ja
Mundt	Thomas	Nein
Radicke	Christian	Nein
Reuhl	Anja	Ja
Schmidt	Karl-Dieter	Ja
Spring	Ludwig	Nein
Dr. Steffens	Rainer	Nein
Dr. Stegemann	Harald	Ja
Thonack	Mechthild	Nein
Ziola	Ingo	Nein

Abstimmungsergebnis: bei 18 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen abgelehnt
Damit gilt der Beschluss vom 25.06.2012.

Zu TOP: 6.2 Wahl der Schiedsperson und der stellvertretenden Schiedsperson der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B509-28/12

Der Oberbürgermeister bringt die Beschlussvorlage ein. Im Rahmen dieser Einbringung teilt Herr Dr. König mit, dass Herr Prof. Feiste aus persönlichen Gründen als stellvertretende Schiedsperson nicht mehr zur Verfügung steht.

Deshalb stellt der Präsident folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald wählt

Herrn Hans-Jürgen Graf als Schiedsperson der Schiedsstelle
der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 38 Ja-Stimmen beschlossen

Zu TOP: 6.16 Position der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur Zukunft des Theaters Vorpommern
B510-28/12

Die Einbringung und Begründung der geänderten Tischvorlage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erfolgt durch Frau Berger.

Für die Linksfraktion spricht im Rahmen der Diskussion Frau Heinrich.

Die Stellungnahme der SPD-Fraktion erfolgt durch Herrn Prof. Joecks.

Herr Hochschild spricht für die CDU-Fraktion.

Der Präsident stellt folgenden Beschlussantrag zur Abstimmung:

Anlässlich des durch den Kultusminister vorgestellten Gutachtens zur Perspektive der Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern formuliert die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald folgende Forderungen an die Landesregierung:

1. Der Zeitplan bis zu einer Entscheidung zugunsten eines Modells ist so zu gestalten, dass eine umfassende Beteiligungsmöglichkeit der Theater und Orchester sowie der sie tragenden Gesellschafter/innen möglich ist. Ein nur bis zum Ende des Jahres 2012 reichender Zeitraum ist dabei viel zu knapp bemessen.
2. Generell müssen bei allen Vorschlägen die bereits vollzogenen Einsparungen durch Fusionen, etwa die Fusionen der Theater in Greifswald, Stralsund und Putbus 1994 und 2006, und andere Maßnahmen im Sinne der Vorschläge des Gutachtens berücksichtigt werden. Außerdem müssen Gebäude, die für den Betrieb von Theater und Orchester von den Kommunen kostenlos zur Verfügung gestellt werden, als Leistung der Kommunen berücksichtigt werden.
3. Die Diskussion darf nicht auf die neun im Gutachten genannten Modelle beschränkt bleiben. Vielmehr müssen die Theater und Orchester, die Gesellschafter/innen und das Publikum die Möglichkeit erhalten, eigene

Modelle in die Diskussion einzubringen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diese Position gegenüber dem Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu vertreten und sich für ihre Umsetzung einzusetzen.

Die Greifswalder Landtagsabgeordneten werden gebeten, sich gegenüber dem Kultusministerium ebenfalls für die Umsetzung dieser Position einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.3 Gebietsänderungsvertrag Wackerow
B511-28/12

Die Einbringung und Begründung erfolgt durch den Oberbürgermeister.

Für die Linksfraktion spricht Herr Dr. Stegemann. Er ist der Meinung, dass diese Beschlussvorlage in den Fachausschüssen, speziell im Finanzausschuss hätte beraten werden sollen.

Daraufhin erklärt der Oberbürgermeister, dass das Innenministerium empfohlen hat, den § 4, Abs. 3 des Vertragsentwurfes genau so zu formulieren.

Der Vertragsentwurf wurde allen Fraktionen im Vorfeld zugesandt. Außerdem war diese Beschlussvorlage Thema im Hauptausschuss. Der Vertragsentwurf mit dem Amt Landhagen ist in Erarbeitung.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt der Präsident folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den anliegenden Gebietsänderungsvertrag zur Fusion mit der Gemeinde Wackerow.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.4 Vertrag mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald zur Rückholung der Schulträgerschaft des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums, des Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasiums einschließlich des Abendgymnasiums und der Integrierten Gesamtschule Erwin Fischer
B512-28/12

Die Einbringung und Begründung erfolgt durch Herrn Senator Dembski.

Im Rahmen der Diskussion erklärt Herr Hochschild anhand einer Präsentation, dass die CDU-Fraktion einer Rückholung der Schulträgerschaft nicht zustimmen wird, vor allem aus finanziellen Gründen. Im Rahmen dieser Wortmeldung stellt die CDU-Fraktion folgenden Alternativantrag:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald verzichtet auf die Rückholung der Schulträgerschaft für die Gymnasien und die Integrierte Gesamtschule.

Die entsprechenden Vermögensausgleichszahlungen des Landkreises Vorpommern-Greifswald, nach aktuellen Bewertungen eine Summe von ca. 22 Mio. Euro, wird vordringlich für die Instandhaltung bzw. Sanierung der sonstigen in der Trägerschaft der Stadt stehenden Schulen, Kindergärten sowie der Horte verwendet werden.

Für die Linksfraktion plädiert Herr Dr. Bartels im Rahmen der Diskussion für eine Rückholung der Schulträgerschaft, auch weil der Kreis enorme finanzielle Probleme hat. Die Hansestadt Greifswald sollte es als Pflicht empfinden, alles Mögliche für die weitere Verbesserung der Schulsituation zu tun. Dabei zitiert Herr Dr. Bartels aus der Beschlussvorlage.

Herr Schmidt spricht für die SPD-Fraktion. Die Diskussionen waren sehr differenziert. Herr Schmidt fragt sich und alle anderen: Wovon soll der Landkreis die 22 Mio. Euro bezahlen? Die SPD-Fraktion spricht sich für eine Rückholung der Schulträgerschaft aus, weil Greifswald Bildungsstandort ist und dazu gehören neben der Uni auch die Gymnasien und die Schulen.

Im Rahmen der Diskussion stellt Herr Dr. Steffens die Frage: Was bringt die Rückholung der Schulträgerschaft? Welchen Einfluss hätte die Stadt dann? Herrn Dr. Steffens fehlen die Argumente für die Rückholung. Er bittet darum, den Alternativantrag der CDU-Fraktion zu beschließen, um das Geld vom Landkreis für die Sanierung der Schulen, Kindergärten und Horte zu bekommen.

Für die SPD-Fraktion spricht auch Herr Dr. Kerath zur Diskussion. Der von der CDU-Fraktion gestellte Antrag sei etwas substantiell Neues und könnte heute nicht abgestimmt werden. Selbst, wenn das Geld gezahlt werden würde, würde es mit der Kreisumlage refinanziert werden.

Herr Mundt erläutert als Ausschussvorsitzender die Argumente, warum der Finanzausschuss sich ablehnend zur Beschlussvorlage verhalten hat. Kann man sich die Ausgaben für die Schulträgerschaft überhaupt leisten? Wenn der Vertrag für die Hansestadt Greifswald nicht von Vorteil ist, ist er vielleicht auch nicht richtig.

Herr Dr. Kühne weist darauf hin, dass es hier um eine Pflichtaufgabe des Landkreises geht, die Schulen zu betreiben. Die Hansestadt Greifswald kann nicht dafür einstehen, weil der Kreis die Pflichtaufgaben nicht erfüllen kann.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen plädiert Herr Dr. Fassbinder für die Rückholung der Schulträgerschaft.

In der weiteren Diskussion werden viele Argumente kontrovers für und wider der Rückholung der Schulträgerschaft ausgetauscht. Es sprechen zur Diskussion: Herr Dembski, Herr Hochheim, Herr Burmeister, Herr Dr. Bartels, Herr Multhauf, Herr Wille, Herr Hochschild, Herr Hoebel und Frau Heinrich. Herr Dr. Bartels beantragt im Namen der Linksfraktion eine namentliche Abstimmung.

Herr Prof. Joecks verliest noch einmal den Antrag der CDU-Fraktion.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald verzichtet auf die Rückholung der Schulträgerschaft für die Gymnasien und die Integrierte Gesamtschule.

Die entsprechenden Vermögensausgleichszahlungen des Landkreises Vorpommern-Greifswald, nach aktuellen Bewertungen eine Summe von ca. 22 Mio. Euro, wird vordringlich für die Instandhaltung bzw. Sanierung der sonstigen in der Trägerschaft der Stadt stehenden Schulen, Kindergärten sowie der Horte verwendet werden.

Herr Dr. Fassbinder beantragt entsprechend Geschäftsordnung, über den CDU-Antrag nicht abzustimmen, weil es kein Änderungsantrag zur vorgelegten Verwaltungsvorlage ist.

Herr Liskow lässt über die Verwaltungsvorlage namentlich abstimmen.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, den in der Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald zur Übertragung der Schulträgerschaft auf die Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Alexander-von-Humboldt-Gymnasium, das Friedrich-Ludwig-Jahngymnasium einschließlich des Abendgymnasiums und für die Integrierte Gesamtschule Erwin Fischer abzuschließen.

Aé	Jost	Ja
Dr. Bartels	Gerhard	Ja
Behrendt	Ursula	Ja
Berger	Ulrike	Ja
Dr. Bittner	Ullrich	Ja
Bleckmann	André	Ja
Burmeister	Ulf	Ja
Cymek	Erich	Nein
Dr. Fassbinder	Stefan	Ja
Dr. Fassbinder	Frauke	Ja
Dr. Hardtke	Frank	Ja
Heinrich	Marion	Ja
Hochschild	Axel	Nein
Hoebel	Torsten	Ja
Jochens	Wolfgang	Nein
Dr. Joecks	Wolfgang	Ja
Dr. Kasbohm	Jörn	Ja
Dr. Kerath	Andreas	Ja
Köhler	Christian	Ja
Kruse	Christian	Nein
Dr. Kühne	Lüer	Nein
Kummerow	Marian	Ja
Liedtke	Jürgen	Nein
Liskow	Franz-Robert	Nein
Liskow	Egbert	Nein
Littmann	Dirk	Ja
Lüthen	Wilfried	Ja
Dr. Meyer	Thomas	Enthaltung
Multhauf	Peter	Ja
Mundt	Thomas	Nein
Radicke	Christian	Ja
Reuhl	Anja	Ja
Schmidt	Karl-Dieter	Ja
Spring	Ludwig	Enthaltung
Dr. Steffens	Rainer	Nein
Dr. Stegemann	Harald	Ja
Ziola	Ingo	Nein

Abstimmungsergebnis: bei 24 Ja-Stimmen, 11 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Pause von 20:52 Uhr bis 21:05 Uhr

**Zu TOP: 6.14 B.-Plan Nr. 14 - Hafen Ladebow
Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Durchgang)
B513-28/12**

Die Einbringung und Begründung erfolgt durch Herrn Senator Hochheim.

Herr Liskow lässt darüber abstimmen, Herrn Dr. Heymel für die Ortsteilvertretung Wieck/Ladebow Rederecht zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: bei 9 Ja-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Für die CDU-Fraktion gibt Herr Kruse die Stellungnahme ab. Er teilt mit, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage ihre Zustimmung gibt, damit der Hafen endlich wieder als Hafen fungiert.

Herr Dr. Kerath erklärt, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage keine Zustimmung gibt. Im Rahmen seiner Ausführungen spricht er von einem von den Stadtwerken in Auftrag gegebenen Gutachten der BalticMarineConsult.

Daraufhin bezieht Herr Hochheim Stellung, dass das Gutachten für die Stadtwerke verfasst wurde. Für die Betreuung des Hafens sollten Fachleute gewonnen werden, die den Hafen Ladebow entwickeln sollen.

Herr Hochheim erläutert unter anderem, dass die Entwicklung des Bebauungsplanes Nr. 14 - Hafen Ladebow - nur mit dem Gleis funktioniert.

Herr Kaiser, Leiter des Stadtbauamtes plädiert für den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss. Die Verwaltung ist an der Lösung des Problems interessiert.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über die von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorlage abstimmen.

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Durchgang) für den Bebauungsplan Nr. 14 – Hafen Ladebow – wie folgt:

1. In Abänderung des Aufstellungsbeschlusses Nr. 1052-42/93 vom 11.11.1993 und des Entwurfsbeschlusses Nr. 50-03/94 vom 06.10.1994 für den Bebauungsplan Nr. 14 – Hafen Ladebow – wird die Plangrenze des Geltungsbereiches des Bebauungsplans verändert und die Abgrenzung gemäß Plan (Anlage 1) beschlossen.
2. Der Entwurf (2.Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 14 – Hafen Ladebow - (Anlage 1) sowie die Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
3. Der Entwurf (2.Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 14 – Hafen Ladebow – sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) sind gemäß § 4a Absatz 3 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4a Absatz 3 BauGB erneut zu beteiligen. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs (2.Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 14 – Hafen Ladebow – und dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) ist ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis: bei 28 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen und
2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.5 Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2013

Die Einführung in die erste Lesung der Haushaltsdiskussion 2013 erfolgt durch den Oberbürgermeister. Die schriftlichen Ausführungen liegen in der Kanzlei der Bürgerschaft zur Einsichtnahme vor.

Detaillierte Ausführungen zum Haushaltsplanentwurf 2013 anhand einer Präsentation erfolgen durch den Amtsleiter, Herrn Wille. Die schriftlichen Ausführungen liegen ebenfalls in der Kanzlei der Bürgerschaft vor.

Am Ende der Ausführungen informiert Herr Wille, dass der Entwurf des Haushaltsplanes 2013 am 06.11.2012 veröffentlicht und gedruckt wird.

<http://www.greifswald.de/politik/haushalt/haushalt-2013-entwurf.html>

Herr Wille bittet die Fraktionen, Fragen zum Haushalt vorab per E-Mail an finanzen@greifswald.de zu senden.

Die Haushalte zum städtebaulichen Sondervermögen können erst im Dezember vorgelegt werden. Herr Wille bittet um Verständnis und wirbt dafür, den Haushalt 2013 in der Dezembersitzung der Bürgerschaft zu beschließen, um möglichst schnell eine Genehmigung aus Schwerin zu bekommen.

Im Rahmen der Diskussion warnt Herr Hochschild davor, die Gewerbesteuer um 25%-Punkte zu erhöhen. Diesen Kritikpunkt wird die CDU-Fraktion in der Haushaltsdiskussion vorbringen. Auch die Problematik „Anbau Theater“ muss dringend besprochen und gelöst werden. Greifswald hat hinsichtlich des Theaters Aufholbedarf.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Dr. Fassbinder Fragen zum Stellenplan. Das für den Sommer 2012 angekündigte Konzept der Verwaltung nach der Kreisgebietsreform liegt bislang nicht vor. Wie soll mit dem Stellenplan umgegangen werden? Dazu müsste so schnell wie möglich ein Beratungsgremium geschaffen werden.

Dazu erklärt der Oberbürgermeister, dass das eine Angelegenheit ist, die die Fraktionen miteinander besprechen und klären müssen, wo die Prioritäten gesetzt werden sollen. Ziel der Verwaltung ist es, gemeinsam mit den politischen Gremien bis zum Frühjahr eine neue Struktur der Verwaltung zu besprechen.

Auf eine Nachfrage von Herrn Spring im Jugendhilfebereich des Landkreises kann Herr Wille nicht gleich und auch nicht später antworten, weil er nicht weiß, warum die Aufgabe beim Landkreis teurer geworden ist.

Herr Hochheim hält den Vorschlag von Herrn Dr. Fassbinder für gut, ein gemeinsames Gremium für die Koordinierung der Haushaltsdiskussion zu installieren. Die Verwaltung hat sich bereits Gedanken darüber gemacht, in welcher Form die erforderlichen Arbeitsgrundlagen geschaffen werden. In Umsetzung des Immobilienberichtes wird die Verwaltung einen Vorschlag unterbreiten, wie sich die weitere zeitliche Abfolge gestalten soll.

Herr Multhauf bittet um Aussagen dazu, welche Einsparungen es durch die Kreisgebietsreform gibt und dadurch, dass Greifswald nicht mehr kreisfrei ist. Außerdem möchte er wissen, was die Umstellung auf die Doppik kostet.

Diese Fragen wird Herr Wille bei der Haushaltsdiskussion beantworten.

Herr Liskow schließt den Tagesordnungspunkt, weil in der ersten Lesung noch kein Beschluss zu fassen ist.

Zu TOP: 6.6 Feststellen des Umlaufvermögens in der Eröffnungsbilanz**Zu TOP: 6.6.1 Neubau/Sanierungsprogramm städtischer Kindertagesstätten**
B514-28/12

Die Bürgerschaft bestätigt die nachfolgende Zeitschiene zum Neubau städtischer Kindertagesstätten:

1. Die Kindertagesstätten „Marschak“ und „Friedrich Wolf“ sollen in den nächsten 5 Jahren, die Kindertagesstätten „Lilo Herrmann“ und „Regenbogen“ sollen in den nächsten 10 Jahren und die Kindertagesstätten „Zwergenland“ und „Makarenko“ sollen in den nächsten 15 Jahren durch Neubauten ersetzt werden.
2. Für die Kita „Marschak“ soll mit Haushaltsmitteln aus dem Jahr 2012 eine Planung für einen Ersatzneubau beauftragt werden, die als Wiederverwendungsprojekt genutzt werden kann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.6.2 Feststellen des Umlaufvermögens im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012
B515-28/12

Im Rahmen der Diskussion stellt Frau Heinrich den Antrag, folgende Ergänzung aufzunehmen:

Die Verkaufsabsicht ersetzt jedoch nicht eine spätere Einzelfallentscheidung, d.h. die Zuständigkeiten gemäß Hauptsatzung bleiben von dem Beschluss unberührt.

Auf eine Nachfrage von Herrn Multhaus zu einer ergänzenden Anlage erläutert Herr Kremer, dass die Kita „Puschkin“ vom DRK bewirtschaftet wird, mit dem ein Pachtvertrag abgeschlossen wurde. Das DRK hat einen Kauf- bzw. Erbbau-rechtsantrag gestellt. Das ist keine Einrichtung, die durch die Stadt betrieben wird und auch verkauft werden kann.

Herr Liskow lässt über den Ergänzungsantrag von Frau Heinrich abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 6 Ja-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Deshalb stellt der Präsident folgenden Beschlussvorschlag in der vorgelegten Form zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stellt für die in den Anlagen aufgeführten Grundstücke und Anlagen allgemein eine Verkaufsabsicht fest.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Die Beschlussvorlagen unter TOP 6.7, 6.8, 6.9, 6.10, 6.11, 6.12, 6.13 und 6.15 werden aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Bürgerschaftssitzung vertagt.

Zu TOP: 7 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Oberbürgermeister gibt die Information über Hauptausschussbeschlüsse und Termine und wichtige Ereignisse zu Protokoll.

Zum 01.11.2012 wird die Stelle des Leiters des Ordnungsamtes durch Herrn Steffen Winckler besetzt.

Bezüglich des Sanierungsträgers teilt Herr Dr. König mit, dass mit Schreiben vom 21.09.2012 gegenüber der BauBeCon entsprechend Bürgerschaftsbeschluss vom 17.09.2012 die Kündigung zum 30.09.2012 ausgesprochen wurde. Die BauBeCon hat mit Schreiben vom 18.10.2012 der Kündigung widersprochen. Gleichzeitig fordert die BauBeCon die Freigabe der von der Verwaltung einbehaltenen Trägerhonorare in Höhe von rund 600.000 € und droht mit Klage. Die Verwaltung wird in den kommenden Tagen auf die Schreiben der BauBeCon reagieren.

Die NPD plant am 9. November 2012 gegen das Asylbewerberheim in Wolgast einen Fackelzug. Der Oberbürgermeister bittet alle demokratischen Kräfte der Stadt Greifswald, den Wolgastern beiseite zu stehen und friedlich zu zeigen, dass die Region weltoffen und tolerant ist.

Im nächsten Jahr feiert Greifswald das 25-jährige Bestehen der Partnerschaft mit Osnabrück. Der Oberbürgermeister bittet die Fraktionen um Vorschläge, wie dieser Tag begangen werden kann.

Herr Hochheim informiert aus dem Dezernat II:

- zum Thema Ausbau der Straße „An den Gewächshäusern“

Die METRO hat aufgrund der Bemühungen der Stadt erklärt, dass sie sich freiwillig eine Beteiligung an den Beitragskosten in Höhe von 200.000 € vorstellen kann. Dazu wurden drei Beschlussvorlagen vorbereitet, die den politischen Gremien im Novemberzyklus vorgelegt werden.

- Zukunft der Stralsunder Straße 10

Dazu gab es eine Podiumsdiskussion, in der Herr Hochheim aufgefordert wurde, mit dem Petruswerk ins Gespräch zu kommen, ob sich das Petruswerk vorstellen kann, den Abrissantrag fallen zu lassen und das Gebäude der Stadt anzubieten, um es danach einer Initiative zur Verfügung zu stellen.

Zu TOP: 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Herr Cymek:

Im Zusammenhang mit der Rekonstruktion der Kollwitz-Schule laufen derzeit Verhandlungen mit der Montessori-Schule zur Unterbringung und den Schülertransport.

Herr Cymek kündigt zu diesem Thema eine Tischvorlage der CDU-Fraktion für diese Ausschusssrunde an. Besteht möglicherweise im Hort der Krull-Schule eine Möglichkeit, eine Klasse einschulen zu können?

Für beide Lösungsmöglichkeiten sind Sondergenehmigungen des Landesjugendamtes notwendig.

Herr Cymek bittet Herrn Senator Dembski, bereits zur nächsten Sitzung der Ortsvertretung Informationen vorzubereiten.

Zu TOP: 9 Mitteilungen des Präsidenten

Herr Prof. Joecks regt an, im Hinblick auf den Umgang mit Spenden dringend die Hauptsatzung zu ändern. Herr Prof. Joecks bietet seine Unterstützung an, bis zur Bürgerschaftssitzung am 10. Dezember 2012 einen Vorschlag zur Änderung der Hauptsatzung vorzubereiten.

Herr Dr. Kasbohm empfindet den Vorschlag als kontraproduktiv, weil die Bürgerschaftssitzung die beste Möglichkeit ist für die Institutionen, die spenden, für sich zu werben.

Frau Schlegel, Leiterin der Rechtsabteilung, informiert, dass die Verwaltung bereits an einer Überarbeitung der Hauptsatzung arbeitet. Die Verwaltung wurde durch das Innenministerium aufgefordert, hinsichtlich der Entschädigungen die Hauptsatzung zu überarbeiten, weil die Entschädigungsverordnung des Landes überarbeitet wird. Frau Schlegel schlägt vor, bis zum Anfang des Jahres abzuwarten.

Der Präsident informiert, dass er zum 18.12.2012 zum Empfang des Präsidenten eingeladen hat. Er bittet alle, die es noch nicht getan haben, sich bis zum 04.12.2012 anzumelden, damit die Veranstaltung vorbereitet werden kann.

Zu TOP: 10 Bestätigung der Niederschrift vom 17.09.2012

Der Präsident bittet um Korrektur auf der ersten Seite. Der Protokollant hat vergessen, Herrn Aé als „anwesend“ aufzuführen.

Schriftlich wurden von Herrn Multhauf folgende Änderungswünsche eingereicht: Seite 13, zu TOP 5.19, nach "... nicht um die Darstellung einzelner Objekte gehe." **Anfügen: Herr Multhauf betont noch einmal seine Ansicht, dass es nicht dazu kommen darf, wegen der noch fehlenden Gesamtkonzeption dem teilweise schlimmen Zustand des Gebäudes der Erwin-Fischer-Gesamtschule tatenlos zuzusehen. Hier müsse sofort etwas unternommen werden.**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Seite 14, zu TOP 5.22. Betr. **„anpassen“**: Dieses „anpassen“ bitte in Anführungsstriche setzen, es ist natürlich ironisch gemeint, richtiger müsste es sonst 'erhöhen' heißen.

- kein Widerspruch

Seite 20, Herr Multhauf: So sinnenstehend.

Richtig muss es heißen:

Herr Multhauf hat den OB bereits im Kreistag auf seine heute hier wiederholte Anregung/Bitte aufmerksam gemacht: Der OB möge - wie die Landrätin - seine Mitteilungen den Mitgliedern der Bürgerschaft etwa eine Woche vor der Sitzung schriftlich übermitteln. So könnte Zeit gespart werden. Darüber hinaus könnten die Mitglieder der Bürgerschaft dann in der Sitzung

besser vorbereitet Nachfragen stellen.

Abstimmungsergebnis: bei 10 Ja-Stimmen, 14 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen abgelehnt

Damit stellt der Präsident die geänderte Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen bestätigt

Zu TOP: 11 Schluss der Sitzung

20:20 Uhr

für das Protokoll

Egbert Liskow
Präsident

Schult
Sachbearbeiterin

Anlagen:

- Fragen und Beantwortung der Großen Anfrage
- Informationen über Hauptausschussbeschlüsse
- Informationen über Termine und Ereignisse